

**FAKTEN
STATT
FAKE-NEWS**

zum Beispiel

Einwanderungsbedarf

Deutschland ist nicht – wie zu viele behaupten – „in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Vielmehr war es, ist es und wird es in Zukunft noch mehr darauf angewiesen sein, dass Menschen es sich zu ihrer neuen Heimat machen.

Kein Beschäftigungswachstum ohne Migrant*innen!

Schon jetzt basiert die Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Deutschland und in Rheinland-Pfalz ausschließlich auf Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte. Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit wäre die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen in Deutschland – die zwischen 2022 und 2023 um insgesamt ca. 264.000 Personen an-

gewachsen ist – ohne ausländische Staatsangehörige um ca. 80.000 Personen zurückgegangen. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Rheinland-Pfalz: Dort stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2022 auf 2023 um insgesamt ca. 13.500 Personen. Ausländische Arbeitnehmer*innen aus dieser Statistik herausgerechnet, wäre sie um ca. 1.500 Personen gesunken.

Der Bedarf wird weiter ansteigen!

Aufgrund seiner demografischen Entwicklung brauchen Deutschland und Rheinland-Pfalz schon jetzt und mehr noch in der Zukunft Einwanderung. In Rheinland-Pfalz zum Beispiel wird der Anteil der Menschen über 65 Jahre nach einer Prognose des Statistischen Landesamtes von derzeit 21 Prozent auf 27 Prozent im Jahr 2070 anwachsen. Denn diejenigen, die in den nächsten Jahren in großer Zahl aus dem Arbeitsleben ausscheiden, werden immer älter werden. Es sind nicht nur ihre Rentenansprüche, die auch künftig durch Personen im erwerbsfähigen Alter gesichert werden müssen. Es geht auch darum, dass in Zukunft immer mehr Menschen altersbedingt auf Unterstützung und auf Dienstleistungen angewiesen sein werden, die von jungen Menschen erbracht werden müssen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat errechnet, dass es bundesweit – auch bei Ausschöpfung aller inländischen Arbeitsmarktpotentiale – einer jährlichen Nettozuwanderung von 400.000 Personen im

Alter zwischen 15 und 65 Jahren bedarf, um das derzeitige Erwerbspersonenpotenzial in der Bundesrepublik mittelfristig auch nur stabil zu halten.

Gute Aufnahmebedingungen für Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte sind in einem der reichsten Länder der Welt möglich. Alles was es dazu braucht, ist politischer Wille. Diesen politischen Willen sollten alle aufbringen, die sich bei den Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 um ein Mandat bewerben.

FAKTEN STATT FAKE-NEWS

Alle werden gebraucht!

Dieser Bedarf wird sich alleine durch EU-Binnenmigration sowie durch Erwerbs- und Bildungsmigration absehbar nicht decken lassen. Das zeigen aktuelle Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Demnach

- betrug das positive Wanderungssaldo von EU-Staatsangehörigen (Freizügigkeit) nach Deutschland im Jahr 2022 nur rund 144.000 Personen und im 1. Halbjahr 2023 insgesamt lediglich etwa 73.000 Personen. Das BAMF selbst weist darauf hin, dass in diesem Wanderungssaldo ca. 10 Prozent Personen im Alter unter 15 oder über 65 Jahren enthalten sind. Wichtig auch: Das positive Wanderungssaldo zwischen Deutschland und anderen EU-Staaten betrug im Jahr 2014 noch 338.000 Personen und ist seitdem kontinuierlich rückläufig.

- wurde im Jahr 2022 nur rund 69.000 Drittstaatsangehörigen und im 1. Halbjahr 2023 nur ca. 41.000 Drittstaatsangehörigen erstmals ein Aufenthaltstitel erteilt, um hier eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Viele von ihnen werden nicht dauerhaft in Deutschland bleiben (können), sondern noch im erwerbsfähigen Alter in ihr Herkunftsland zurückkehren oder in ein anderes Land weiterwandern.
- wurde im Jahr 2022 nur ca. 63.000 und im 1. Halbjahr 2023 lediglich ca. 43.000 Drittstaatsangehörigen erstmals ein Aufenthaltstitel erteilt, um hier zu studieren oder eine andere Bildungsmaßnahme zu absolvieren. Erfahrungsgestützten Prognosen zufolge bleibt lediglich etwa ein Drittel von ihnen dauerhaft oder zumindest langfristig in Deutschland.

Jahr	EU-Freizügigkeit (Saldo)	Erwerbsmigration (Zugänge)	Bildungsmigration (Zugänge)	Gesamt
2022	144.000 Personen	69.000 Pers.	63.000 Pers.	276.000 Pers.
01.-06. 2023	73.000 Personen	41.000 Pers.	43.000 Pers.	157.000 Pers.

Alles das macht deutlich:

Ohne die weitere Aufnahme auch von Schutzsuchenden – die humanitär und völkerrechtlich ohnehin geboten ist – würde die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland dramatisch zurückgehen. Daran werden auch die im Sommer letzten Jahres vom Bundestag beschlossenen Reformen der rechtlichen Rahmenbedingungen zur arbeitsmarktorientierten Einwanderung nichts wesentliches ändern. Der Gesetzgeber selbst geht davon aus, dass hierdurch zusätzlich jährlich maximal 75.000 Drittstaatsangehörige einwandern werden.

Politik und Gesellschaft sollten sich deshalb sehr viel mehr als bisher darum bemühen, alle Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte als Chance zu sehen, sie zu „Langheimischen“ werden zu lassen und ihnen Rahmenbedingungen und Förderangebote zu geben, damit sie in ihrem eigenen und im Interesse Deutschlands hier Fuß fassen zu können. Denn es gibt in aller Regel keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Interessen.